

Solidarität mit der palästinensischen Revolution – gegen Kapitulationspolitik

Die Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP) gab Ende September bekannt, daß sie ihre Mitarbeit im Exekutivkomitee, dem führenden Gremium der palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), vorläufig einstellen wird. Ebenfalls ausgetreten sind - die an der irakischen Regierungspartei orientierte arabische Befreiungsfront und die PFLP-Generalkommando. Wie die PFLP erklärte, wird sie weiterhin im palästinensischen "Nationalkongreß", innerhalb der PLO und in den Volkskomitees in den Lagern der Palästinensern mitarbeiten.

Die Widersprüche der PFLP zu den herrschenden Kräften in der PLO-Führung (Teile der Al-Fatah und FPDLP) liegen vor allem in den Fragen einer möglichen Teilnahme der PLO an der Genfer Nahostkonferenz, der möglichen Schaffung eines "palästinensischen Staates" im Gaza-Streifen und Westjordanland sowie die Frage von Kontakten zu den USA und zum jordanischen Regime.

Fatah und FPDLP haben sich für eine Teilnahme an der Genfer Nahostkonferenz ausgesprochen, sofern die PLO dort als einzige legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes anerkannt wird (diese Anerkennung liegt bereits von allen arabischen Staaten einschließlich Jordanien vor). Sie sind bereit, auf einem T e i l Palästinas einen palästinensischen Staat zu errichten - als Schritt zur vollständigen Befreiung Palästinas, wie vor allem die FPDLP behauptet. Sie sind ferner bereit auch mit dem jordanischen Regime zusammenzuarbeiten. Die PFLP behauptet ferner, daß es bereits Kontakte zwischen US-Regierung und PLO-Führung gäbe. Dies wird vom PLO-Vorsitzenden Arafat abgestritten, der aber gleichzeitig erklärt, die PLO-Führung habe "das Recht, jegliche Kontakte wahrzunehmen, die sie für die Interessen der Palästinenser für nützlich hält" (Interview im Spiegel 41/74).

Die PFLP spricht sich gegen eine Teilnahme an der Genfer Konferenz aus, da diese auf der Resolution 242 des UNO-Sicherheitsrates und damit auf der "Anerkennung der Existenz Israels in gesicherten Grenzen" beruht. Eine Teilnahme an der Genfer Konferenz bedeute also die Anerkennung Israels. Die PFLP sagte, daß der von den herrschenden Kräften der PLO befürwortete (und von der Sowjetunion unterstützte) "Palästinenserstaat", falls er zustande käme, ein ökonomisch und politisch vom Imperialismus, Zionismus und arabischer Reaktion abhängiges Gebilde wäre. Die PFLP sagt, daß diese "politische Lösung" bedeuten würde, daß man im Tausch gegen die Anerkennung Israels einen palästinensischen "Ministaat" erhalten würde, der keine wirkliche Unabhängigkeit hätte. Das sei eine Kapitulation vor dem US-Imperialismus.

Diese Widersprüche im palästinensischen Widerstand, die zum Teil sogar gewaltsamen Ausdruck finden (so gab es bewaffnete Kämpfe zwischen Mitgliedern der FPDLP und der PFLP-Generalkommando im Südlibanon) entwickeln sich in einer Situation allseitiger x Zuspitzung der Widersprüche im Nahen Osten. Mitte August führte Israel die größte "probeweise" Reservisteneinberufung seit dem Oktoberkrieg letzten Jahres durch. Schon Anfang August waren israelische Truppenkonzentrationen auf der Sinai-Halbinsel gemeldet worden. Im September fanden mehrere große Manöver auf den von Israel 1967 besetzten Golan-Höhen statt. Das jüdische Neujahrsfest wurde mit einem Großalarm verbunden. Die Israelis wurden aufgerufen, bewaffnet in die Synagogen zu gehen. Israelische "Vergeltungsangriffe" (Bombadierungen) auf palästinensische Flüchtlingslager im Libanon wurden im September fast täglich [illegible]

Die israelische Regierung gab auch offen zu, daß israelische Einheiten schon länger regelmäßig Vorstöße auf lybanesisches Gebiet unternehmen. Die libanesische Regierung hat ihrerseits Mitte September das öffentliche Waffentragen verboten, was sich vor allem gegen die Widerstandskämpfer richtet. Außerdem hat die PLO-Führung wie Arafat im erwähnten Spiegel-Interview sagte - die Einstellung aller Aktionen gegen Israel aus dem Süd-Libanon befohlen "um den Israelis keinen Vorwand zu liefern ~~xxx~~ für Attacken auf unbewaffnete Zivilisten und Flüchtlingslager im Libanon" (Arafat). Auf Israels Regierung scheint dies allerdings - wie die gesteigerte Terrortätigkeit Israels gegen den Libanon zu lande und aus der Luft zeigt - bisher den gewünschten Effekt nicht gehabt zu haben... Neuerdings ist Arafat dazu übergegangen, die gesamte linke Opposition, die diesen Verratskurs nicht mitmachen wollte als Terroristen zu beschimpfen. Mit dem Gedanken an eine gleichberechtigte Teilnahme der PLO an der Genfer Nahostkonferenz und an einen "palästinensischen Staat" im Gaza-Streifen und auf den "Westbanks" - der vor allem von der Sowjetunion befürwortet wurde und zu dem sich die USA zunächst zweideutig verhielten - hat Erwartung und Hoffnung in Teilen des palästinensischen Widerstands geweckt. Tatsächlich läßt sich keine israelische Regierung denken, die einem unabhängigen palästinensischen Staat in Gaza und auf den "Westbanks" zustimmen würde. Was die USA angeht, so haben diese anscheinend zeitweise gegenüber den herrschenden Kräften der PLO paktiert und Illusionen zugelassen, während sie inzwischen bemüht sind, die Genfer Konferenz endgültig scheiternzu lassen, um die Frage einer Teilnahme der PLO an dieser Konferenz vom Tisch zu bringen.Dies legt den Schluß nahe, daß die Frage der Teilnahme der PLO an der Genfer Konferenz und die Frage des Palästinenserstaates vom Imperialismus dazu benutzt wurden, um die Organisationen des palästinensischen Widerstandes zu spalten opportunistische Kräfte zu stärken, ein trügerisches Klima von "politischer Lösung" zu schaffen - in Wahrheit aber Aufrüstung und Kriegsvorbereitungen des Zionismus voranzutreiben und dem alten Plan der Vernichtung der palästinensischen Revolution näherzukommen.

Die palästinensische Widerstandsbewegung jedenfalls ist gespalten. Diese Tatsache versucht das Nahostkomitee zu verschweigen. Sie läßt die linke Opposition auf dieser Veranstaltung nicht zu Wort kommen. Genossen der PFLP hatten dem Nahostkomitee angeboten einen Redebeitrag zu halten. Dies wurde ihnen nicht gesattet. Wir halten es für äußerst schädlich, daß ein ausländisches Nahostkomitee anstatt die Auseinandersetzung offen zu diskutieren sich anmaßt eine Zensur auszuüben.

Der KB / Westberlin wird in der nächsten Woche eine Veranstaltung in Zusammenarbeit mit Genossen der PFLP durchführen auf der wir die Widersprüche darstellen und diskutieren werden. Wir laden dazu das Nahostkomitee und alle Genossen ein. Termin und Ort werden noch auf Flugblättern und Plakaten beaknntgegeben.

Kommunistischer Bund

Verantwortlich: Florian Geyer, 1-21, Thomasiusstr.2 (Laden)
Mo und Do 17-19Uhr, Sa 10-13Uhr